



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 11.01.2011

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 13.12.2010, 15:04 Uhr bis 16:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Horst Thelen GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Volker Görzel	FDP
Herr Jörg Uckermann	pro Köln

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Helga Schlapka SPD

## **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Ulf Florian auf Vorschlag der SPD  
Herr Joachim Geysse auf Vorschlag der CDU  
Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU  
Frau Renate Domke auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)  
Herr Georg Scheferhoff auf Vorschlag der Grünen  
Herr Thorsten Stöckert auf Vorschlag der FDP  
Herr Bernd Fieber auf Vorschlag der pro Köln  
Herr Berthold Bronisz DIE LINKE.

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Turan Özküçük LDK

## **Verwaltung**

Herr Dr. Ulrich Höver

## **Schriftführer**

Herr Ralf Droske

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

Herr Metten

Außerdem fehlen Herr Ciesla-Baier und Herr Musto.

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Herr Thelen, ob es Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Sitzung gibt. Einwendungen werden nicht erhoben.

Herr Thelen fragt außerdem, ob es Einwendungen gegen die Tagesordnung gibt. Einwendungen werden nicht erhoben.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Mitteilungen**

- 1.1 S-Bahnhof Weiden-West, fehlender Windschutz  
5017/2010
- 1.2 Kennzeichnung von Behindertensitzplätzen in Linienbussen (Az.: 02-1600-9/10)  
5121/2010
- 1.3 Bilanz der Beschlüsse 2010  
5208/2010
- 1.4 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen  
5173/2010

#### **2 Anfragen**

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

#### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freigehende Katzen und Kater in Köln (Az. 02-1600-31/10)  
2823/2010

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

#### **1.1 S-Bahnhof Weiden-West, fehlender Windschutz 5017/2010**

Frau Schlapka bittet nachzuhalten, dass die von der Deutsche Bahn AG zugesagten Maßnahmen durchgeführt werden. Die Bahn AG wurde bereits vor 2 Jahren auf die Problematik hingewiesen. Herr Droske bestätigt die in der schriftlichen Mitteilung geäußerte Zusage, Anfang des nächsten Jahres bei der Fachverwaltung die Umsetzung nachzuhalten.

#### **1.2 Kennzeichnung von Behindertensitzplätzen in Linienbussen (Az.: 02-1600-9/10) 5121/2010**

Herr Kretschmer berichtet über die Praxis anderer Städte, in denen zur Kennzeichnung die Behinderten-Sitzplätze komplett andersfarbig eingefärbt werden. Er bittet, dies als Anregung an die KVB weiter zu leiten.

#### **1.3 Bilanz der Beschlüsse 2010 5208/2010**

Die Sitzungsunterlage wurde versehentlich von der Verwaltung im falschen Format umgedruckt, so dass sie durch die verkleinerte Schrift kaum lesbar wurde.

Herr Schneider dankt der Verwaltung für die inhaltliche Darstellung der Sachstände der in 2010 gefassten Beschlüsse des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden. Folgende Punkte möchte er bereits anmerken:

Beschluss zum Kurt-Hackenberg-Platz: Herr Schneider weist darauf hin, dass der Beschluss vom 01.03.2010 datiert. Insofern halte er es für nicht akzeptabel, dass die Fachverwaltung nach 9 Monaten hierzu noch keine Stellungnahme abgegeben habe.

Turnhalle Porz-Mitte: Hierzu sollte laut Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden eine Wiedervorlage in den Ausschuss erfolgen.

Herr Schneider bittet außerdem, dem Ausschuss auch über die Vorlagen an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu berichten, die in anderen Gremien gelöst wurden.

Frau Domke schlägt vor, eine regelmäßige Wiedervorlage für die umzusetzenden Beschlüsse zu vereinbaren.

Herr Droske erläutert den Zweck und Hintergrund der Vorlage. Sie soll lediglich einen Sachstand über die Umsetzung der im Jahr 2010 vom Ausschuss gefassten Be-

schlüsse darstellen. Sie stellt keine umfassende Bilanz der Arbeit des Ausschusses oder der Geschäftsstelle dar.

Auf Vorschlag von Herrn Löwisch wird eine Wiedervorlage von 3 Monaten vereinbart, nach denen dem Ausschuss kurz über den Sachstand der Umsetzung eines Beschlusses berichtet wird.

Die Vorlage wird überarbeitet und aktualisiert und zur nächsten Sitzung erneut umgedruckt.

#### **1.4 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen 5173/2010**

Herr Klein teil mit, dass für viele Schüler bzw. Eltern auch der reduzierte Fahrpreis nicht leistbar ist. Als Teil des Bildungsziels der Inklusion sollte allen Schülern eine Teilhabe an Klassenfahrten mit kulturellen Angeboten ermöglicht werden. Die Museumsbesuche seien zwar kostenlos, aber bei Zoo- und Theaterbesuchen käme zusätzlich zu den Fahrtkosten auch noch der Eintritt für die Schüler hinzu.

Herr Uckermann ist der Auffassung, dass der Rat dazu eine politische Richtungsentscheidung treffen müsse. Die in den Aufsichtsgremien der KVB und des VRS entsandten Mitglieder des Rates sollten angewiesen werden, sich in den entsprechenden Gremien für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.

Herr Thelen schlägt eine Empfehlung an den Schulausschuss sowie den Verkehrsausschuss vor, die Verwaltung (und die KVB) zu beauftragen, weitere Möglichkeiten zu prüfen (zum Beispiel Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr), die die Kostenbelastung für Eltern bei Klassenfahrten reduzieren.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie dem Verkehrsausschuss, die Verwaltung (und die KVB) zu beauftragen, weitere Möglichkeiten zu prüfen (zum Beispiel Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr), die die Kostenbelastung für Eltern bei Klassenfahrten reduzieren.

## **2 Anfragen**

### **2.1 Mündliche Anfragen**

### **2.2 Schriftliche Anfragen**

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **3.1 Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freigehende Katzen und Kater in Köln (Az. 02-1600-31/10) 2823/2010**

Frau Bensberg erläutert die Historie und den Hintergrund ihres Vereins sowie den Anlass für die eingebrachte Anregung.

Frau Pappenheim, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, erläutert die in der Beschlussvorlage dargelegte Haltung der Verwaltung. Aus tierschutzrechtlicher Sicht befürwortet sie die Einführung einer Kastrationspflicht von Katzen. Das derzeitige Tierschutzgesetz lässt eine solche Verpflichtung der Katzenhalter aber nicht zu. Hierzu müsste eine gesonderte ordnungsbehördliche Verordnung erlassen werden.

Frau Feld, Amt für öffentliche Ordnung erläutert, warum die Voraussetzungen für den Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung nicht vorliegen. Es fehlt insbesondere an dem Nachweis einer abstrakten Gefahr, da kaum Daten über Beschwerden und Gesundheitsgefahren vorliegen.

Herr Löwisch teilt mit, dass die Thematik auch im Umweltausschuss intensiv beraten wurde. Er führt aus, dass nach einer schriftlichen Mitteilung der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Ilse Aigner, für die Kommunen ausreichende Möglichkeiten bestünden, ordnungsbehördliche Verordnungen zu erlassen, die eine Kastrationspflicht für Katzen beinhalten. Er plädiert daher dafür, nicht abzuwarten, bis konkrete Gefahren durch Daten belegbar sind, sondern bereits jetzt alle Möglichkeiten zu nutzen, den Gefahren vorzubeugen. Alle Fachleute befürworteten die Einführung einer Kastrationspflicht.

Herr Schneider teilt mit, dass aufgrund der Tatsache, dass derzeit weder eine konkrete noch eine abstrakte Gefahr von der Verwaltung nachgewiesen werden kann, die SPD-Fraktion nur dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen kann. Der Beschluss sollte aber ergänzt werden um den Auftrag an die Verwaltung, über den Städtetag und ähnliche Gremien, in denen die Stadt vertreten ist, auf eine gesetzliche Bundes- oder Landesregelung hinzuwirken, die eine Kastrationspflicht für Katzen ermöglicht.

Herr Pohl teilt mit, dass sich die CDU dem Vorschlag der SPD anschließt. Der Beschluss sollte darüber hinaus noch ergänzt werden um den Prüfauftrag, ob die Zuschüsse an die Tierheime erhöht werden können.

Herr Kretschmer teilt mit, dass die Grüne-Fraktion das Anliegen der Katzenschutzverbände unterstützt. Die Stadt Köln sollte die Gelegenheit nutzen, hier vorausschauend und vorbeugend ein Signal zu setzen. Die formale Voraussetzung des Vorliegens einer nachweisbaren Gefahr sollte kein Hindernis sein. Die Einführung einer solchen Verordnung würde auch die Arbeit der Tierschutzverbände und ihrer freiwilligen Helfer erleichtern und ihr eine höhere Bedeutung geben.

Herr Görzel teilt für die FDP-Fraktion mit, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten ist. Das Ansinnen der Petenten wird anerkannt. Allerdings bestehen Zweifel an der Umsetzbarkeit und Kontrollmöglichkeit einer Kastrationspflicht. Hinzu kommen zu erwartende Kosten für die Tierhalter und den Verwaltungsaufwand. Die Kastrationspflicht würde ein Eingriff in die Freiheit des Tierhalters darstellen. Angesichts der Unwägbarkeiten und des zweifelhaften Nutzens eines solchen Eingriffs wird die Anregung der Petentin abgelehnt.

Herr Uckermann, Pro Köln, lehnt eine ortsrechtliche Regelung ab. Er plädiert stattdessen für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Herr Zimmermann, Deine Freunde, lehnt die Einführung einer Kastrationspflicht ab. Da eine Gefahr für die Öffentlichkeit derzeit nicht nachgewiesen werden kann, sollte nicht eine weitere Verordnung erlassen werden.

Auf Antrag von Herrn Schneider lässt Herr Thelen über die folgende Ergänzung zum Beschlussantrag abstimmen:

Die Verwaltung wird gebeten, über den Städtetag und ähnliche Gremien, in denen sie vertreten ist, auf eine gesetzliche Bundes- oder Landesregelung für Katzen, ähnlich dem Landeshundegesetz, hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen Herrn Fischer und Herrn Görzel, bei Enthaltung von Herrn Kretschmer und Herrn Thelen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Anregung. Aufgrund der von der Verwaltung geschilderten rechtlichen Bedenken gegen die beantragte ordnungsbehördliche Verordnung kann das Anliegen jedoch nicht unterstützt werden.

Der Ausschuss begrüßt aber den Vorschlag der Verwaltung, eine Öffentlichkeitskampagne durchzuführen, um die Bevölkerung auf die geschilderte Problematik aufmerksam zu machen und sie zu freiwilligen Maßnahmen zu bewegen.

Die Verwaltung wird gebeten, über den Städtetag und ähnliche Gremien, in denen sie vertreten ist, auf eine gesetzliche Bundes- oder Landesregelung für Katzen, ähnlich dem Landeshundegesetz, hinzuwirken.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt gegen Herrn Fischer und Herrn Görzel, bei Enthaltung von Herrn Kretschmer und Herrn Thelen.

Thelen

Droske

Vorsitzender

Schriftführer